



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss f. Wirtschaft, Beschäftig.,
Digitalis., Gesundheit -

Tagesordnung I Punkt 2.2 der öffentlichen Sitzung am 4. Februar 2025

Vorlagen-Nr. 23-F-63-0102

Vorhandene Strom- und Glasfaser-Infrastruktur an Videoüberwachungsanlagen für den WLAN-Ausbau nutzen

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die LINKE und Volt vom 11.10.2023 -
- Beschluss Nr. 154 des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit vom 17.10.2023 -

In Wiesbaden gibt es mittlerweile an zentralen Plätzen Videoüberwachungsanlagen. Damit es zu einer Übertragung der Videodaten kommen kann, sind die Anlagen ans Strom- und Glasfasernetz angeschlossen. Diese bereits vorhandene Infrastruktur könnte also zusätzlich genutzt werden, um an strategisch sinnvollen Standorten zu vergleichbar geringen Kosten WLAN-Hotspots zu installieren. So können Lücken geschlossen und der Ausbau eines flächendeckenden, städtischen WLAN-Netzes weiter vorangebracht werden. Des Weiteren sind perspektivisch auch Überlegungen hinsichtlich der Installation geplanter Sensortechnik möglich.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- 1) Gespräche mit dem Betreiber der Videoüberwachungsanlagen aufzunehmen und dabei zu klären:
 - a) Welche der für sinnvoll erachteten Anlagen für die Erweiterung für städtische WLAN-Hotspots zur Verfügung stehen würden, um Lücken zu schließen?
 - b) Welcher Aufwand (technisch sowie zeitlich) und welche Kosten der LHW für die Ergänzung um WLAN-Module (und ggfs. andere Erweiterungen) in den Videoanlagen entstünden?
 - c) Ob die WLAN-Module auch nach einem eventuellen Rückbau der Videoüberwachungsanlagen weiter betrieben werden könnten?
- 2) Dem Ausschuss über die Ergebnisse aus dem Gespräch zu berichten und dabei eine Einschätzung zur Machbarkeit abzugeben, damit, wenn möglich, zeitnah mit einer Umsetzung begonnen werden kann.

Beschluss Nr. 0154 des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit vom 17.10.2023

Der Antrag wird angenommen.

Beschluss Nr. 0004

Die mündlichen Ausführungen von Frau Stadträtin Koohestanian und Frau Vogt (Dezernat VII), dass ein Bericht bis spätestens zu den Haushaltsplanberatungen 2026 vorgelegt wird, werden zur Kenntnis genommen.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .02.2025

Susanne Hoffmann-Fessner
Vorsitzende

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .02.2025

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .02.2025

Dezernat VII i.V.m. Dezernat V
mit der Bitte um weitere Veranlassung
Dezernat II
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister